

14. SE



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0885890

P/XV/210 - 14. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Verständnis für Afrika</u> Von Hans-Jürgen Wischmewski, MdB Der Verfasser dieses Artikels kehrte kürzlich von einer Afrikareise zurück	87
3	<u>Tritt Tunesien in den Algerienkrieg ein?</u> Burgiba plant algerisch-tunesischen Bundesstaat Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	55
4 - 5	<u>Wohin mit 40 000 Stimmen?</u> Das Dilemma des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW)	65
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Hamburg - das deutsche "Tor zur Welt"</u> Von Bürgermeister Max Brauer	92

* *

*

Verständnis für Afrika

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Der Verfasser dieses Artikels kehrte kürzlich von einer Afrikareise zurück.

Der afrikanische Kontinent befindet sich in einer revolutionären Entwicklung ungeahnten Ausmaßes. Die wachsende politische Bedeutung dieses Erdteils ist enorm. Die diesjährige Vollversammlung der Vereinten Nationen wird uns den Beweis dafür bringen. Wir haben nicht den Eindruck, als hätte die offizielle Politik in der Bundesrepublik das bereits in dem notwendigen Maße erkannt. Jetzt kommt es darauf an, zu diesen neuen Staaten und jungen Völkern ein Verhältnis zu finden. Wer versucht, Afrika durch eine westliche, europäische oder bundesdeutsche Brille zu sehen, der wird diesen Kontinent und die Politik in Afrika nicht verstehen. Mit großer Sorge muß auch beobachtet werden, wie die Ereignisse im Kongo die Betrachtungsweise aller afrikanischen Probleme beeinflussen und damit belasten. Vor einer solchen Entwicklung muß gewarnt werden. Im größten Teil Afrikas erfolgen die Veränderungen in einem durchaus angemessenen Rahmen. Nach einer Reihe von Afrikareisen, auch Teilnahme an afrikanischen Konferenzen und vielen Kontakten und Gesprächen mit afrikanischen Politikern, scheint nur eine Reihe von Problemen wesentlich zu sein für die bundesdeutsche Politik in Afrika.

Kolonialismus und Selbstbestimmung

Das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht und zur Unabhängigkeit aller afrikanischen Völker ist Voraussetzung, um in Afrika Verständnis zu finden für die Sorgen auch unseres geteilten Landes. Wer nicht bereit ist, sich deutlich vom Kolonialismus aller Schattierungen zu distanzieren, der wird in Afrika nicht als Freund aufgenommen. Das zwingt letztlich auch zu eindeutigen Stellungnahmen im Sinne des Selbstbestimmungsrechts, den Problemen in Algerien, den portugiesischen Besitzungen und der Südafrikanischen Union gegenüber. Wer hier eindeutig ist, der findet auch Verständnis in Afrika für die Forderung des deutschen Volkes nach Selbstbestimmung.

Alle Afrikaner bekennen sich zur Neutralität. Sie sind nicht bereit, sich an den Auseinandersetzungen der Machtblöcke in der Welt zu beteiligen. Wir müssen diesen Wunsch der Afrikaner nach Neutralität respektieren. Wer versucht, sie dennoch in die Auseinandersetzung hineinzuziehen, der muß damit rechnen, daß er genau das Gegenteil erreicht. Das entbindet uns selbstverständlich nicht von der Aufgabe, alles zu tun, um die Afrikaner mit unseren Auffassungen vertraut zu machen.

In diesem Zusammenhang muß ein kritisches Wort zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrepublik in Afrika gesagt werden. Dieser Aufgabe kommt ganz besondere Bedeutung zu, da die Sowjetzone mit allen Mitteln versucht, der Bundesrepublik in Afrika zu schaden. Die Vertreter unserer Öffentlichkeitsarbeit in den afrikanischen Ländern werden ihren Aufgaben durchaus gerecht und bemühen sich sehr stark. Die Unterstützung

aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundespresse- und Informationsamt scheint aber oft sehr mangelhaft zu sein. Ein großer Teil des Materials, das in Afrika zur Verfügung steht, ist dort völlig ungeeignet. Es wird Geld ausgegeben für Dinge, die in Afrika gar nicht ankommen können. An anderen Stellen fehlt Geld, wo mit geringen Mitteln entsprechende Erfolge erzielt werden könnten. Auch mit billigen Antikommunismus ist nichts zu erreichen. Wenn wir den Afrikanern die Möglichkeit geben, unser Leben kennenzulernen, dann werden wir mit entsprechendem Verständnis rechnen können. Daraus ergibt sich die Aufgabe, viele Afrikaner in die Bundesrepublik einzuladen. Darüber hinaus entsteht der Eindruck, als seien bis heute die Schwerpunkte der Auseinandersetzung noch nicht erkannt.

Mehr technische und wirtschaftliche Hilfe!

Die wirtschaftliche und technische Hilfe für Afrika muß wesentlich gesteigert werden. Dabei gilt auch hier der Grundsatz: Wer schnell hilft, der hilft doppelt. Es geht nicht immer um Millionenbeträge. Sehr oft kommt es darauf an, im richtigen Augenblick für eine bestimmte Aufgabe den richtigen Mann zu finden. Hier ergibt sich eine schöne Aufgabe für unsere Jugend. Gesucht werden Leute mit qualifizierten Fachkenntnissen, mit Sprachenkenntnissen und Einfühlungsvermögen, die bereit sind, mit den Afrikanern zu leben und zu arbeiten. Hier handelt es sich nicht um einen "Job", sondern um eine Aufgabe, die auch entsprechend bei uns gewertet werden muß.

Wir können unseren Aufgaben in Afrika nur dann gerecht werden, wenn wir alle uns bemühen, Afrika zu verstehen. So müssen wir uns auch um eine entsprechende Aufklärung über Afrika in der Bundesrepublik bemühen. Presse, Rundfunk und Fernsehen sollten noch mehr als bisher berichten. Möglichst vielen Journalisten aus der Bundesrepublik sollte die Möglichkeit gegeben werden, nach Afrika zu kommen. Wenn die Berichterstattung sich nicht negativ auswirken soll, dann muß sie auch von entsprechendem Verständnis getragen sein. Begriffe wie "Neger" und "Schwarze" sollten wir endgültig aus unserem Vokabularium streichen.

Die offizielle Bundespolitik muß in stärkerem Maße als bisher die politische Bedeutung Afrikas erkennen und entsprechend reagieren. Auch in Afrika trägt man Stresemann und Smoking. Dennoch sind Politik und Diplomatie anders. Konservative Diplomaten sind hier oft fehl am Platze. Der Bedeutung Afrikas kann man jetzt, in der Zeit ständiger Wandlungen und Veränderungen, am besten gerecht werden, wenn ein Sonderbotschafter der Bundesrepublik für Afrika ernannt wird. Aufgaben ergeben sich mehr als genug.

Für alle Afrikaner sind die Vereinten Nationen das entscheidende Mittel der Weltpolitik. Dort werden sie entscheidenden Einfluß ausüben. Das ist nicht ohne große Bedeutung für die Bundesrepublik. Sie muß hier zum Wettlauf um Freundschaft und Verständnis antreten, will sie die Formung des Deutschlandbildes nicht der Zonenmachthabern überlassen.

Tritt Tunesien in den Algerienkrieg ein?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Während sich der Bürgerkrieg im Kongo verschärft, bereiten sich in Nordafrika neue Umwälzungen vor. Seit Anfang September spricht man in Paris und in Tunis von einem Plan des Präsidenten Burgiba, demnächst einen staatlichen Zusammenschluß zwischen Tunesien und der algerischen Exilregierung zu vollziehen. Auf diese Weise soll der Algerienkrieg auf Tunesien ausgedehnt werden, um die Vereinten Nationen zum Eingreifen zu zwingen.

Die tunesische Regierung und die FLN sollen dabei von folgenden Erwägungen ausgehen. Die UNO-Charta verbietet ein Eingreifen in die Innenpolitik eines Staates. Der Algerienkrieg wurde bisher von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten der UNO als innere Angelegenheit Frankreichs betrachtet. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Tunesien wäre aber völkerrechtlich ein Konflikt zwischen zwei selbständigen Staaten, die beide Mitglieder der Vereinten Nationen sind. Eine Intervention des Sicherheitsrates stünde somit auf der Tagesordnung und müsste sich auch auf Algerien erstrecken, wenn diese auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der tunesischen Regierung und der algerischen Exilregierung zu einem Bestandteil Tunesiens oder eines nordafrikanischen Bundesstaates erklärt würde.

Einzelheiten des tunesisch-algerischen Planes stehen bis jetzt noch nicht fest. Man fragt sich, ob algerische Exilminister in die tunesische Regierung eintreten sollen, ob die in Tunesien stationierten Soldaten der FLN in die tunesische Armee eingegliedert werden, und ob die algerischen zivilen Flüchtlinge Staatsbürger Tunesiens oder eines neuen nordafrikanischen Bundesstaates werden sollen. In Paris vergleicht man diese Projekte mit dem seinerzeitigen Plan Churchills, Reynauds und de Gaulles. Im Juni 1940, Frankreich dem Britischen Commonwealth anzuschließen

Wendung in Tunis

Der Plan eines nordafrikanischen Bundesstaates ist nicht neu, doch dachte Burgiba bis jetzt an ein "Maghreb" im Rahmen der Französischen Gemeinschaft. Schon Ende 1957 verkündete er offen die tunesische Militärhilfe für die FLN, was dann den französischen Luftangriff auf das Dorf Sakhiat an der tunesisch-algerischen Grenze zur Folge hatte. Im April 1958 beschlossen die Führer der tunesischen Neodestur-Partei, des marokkanischen Istiqlal und der FLN in Tanger die Schaffung gemeinsamer nordafrikanischer politischer Organe.

Jetzt aber scheint Burgiba die Hoffnungen begraben zu haben, die er auf de Gaulle setzte, um zu einer friedlichen Beilegung des Algerienkrieges zu kommen. Mehrere Ereignisse haben zu dieser Wendung beigetragen: das Scheitern der französisch-algerischen Verhandlungen von Melun, die Entstehung und das wachsende Gewicht einer Reihe von neuen afrikanischen und asiatischen Staaten, schließlich die UNO-Intervention in Kongo.

Für Tunesien ist seither der Beweis erbracht, dass eine solche Intervention in Afrika möglich ist. Bekanntlich hat gerade die tunesische Diplomatie zu dieser UNO-Intervention entscheidend beigetragen und Hammarskjöld besonders aktiv unterstützt, sowohl gegen Belgien als auch gegen die Übergriffe Lumumbas. Der tunesische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Korgi-Slim, glaubt, daß "Mister E" ihm sozusagen zu Dank verpflichtet ist, und dass ein ähnliches Eingreifen der Vereinten Nationen auch für Algerien erreicht werden kann.

In Paris wartet man jetzt ab. Man hofft, dass sich der tunesische Präsident, dessen staatspolitisches Geschick bekannt ist, nicht allzu weit in dieses Hasardspiel einlässt, von dem niemand sagen kann, wohin es führt, zu einer unabsehbaren Ausbreitung des Krieges oder wirklich zu einer Beschleunigung des Friedens.

Wohin mit 40 000 Stimmen?

mu. - Zum ersten Mal nach 1945 wird in der einzigen Partei einer nationalen Minderheit in Deutschland, im dänisch orientierten Südschleswigschen Wählerverband (SSW), offen diskutiert, ob man sich an der Bundestagswahl 1961 beteiligen oder zur Stimmabgabe für eine andere Partei auffordern soll. Es geht hier um rund 30 000 bis 40 000 Stimmen.

Der neue Landesvorsitzende des SSW, der betonen als seine Vorgänger auftretende Lehrer K.O. Meyer, hat in verschiedenen Vorstandssitzungen für eine Wahlteilnahme des SSW plädiert. Sein Argument ist: "Der SSW hat keine Aussicht, im Herbst 1961 mit einem eigenen Mandat in den Bundestag zu ziehen. Wenn er sich aber bei dieser und den folgenden Wahlen tapfer schlägt, wird er diese Chance im Jahre 1965 durchaus haben."

Die Kritiker in seiner Partei halten ihm vor, dass der SSW sich jetzt auf einen "Normalstand" eingependelt hat und auch künftig im Höchstfall niemals mehr über 40 000 Stimmen hinauskommen dürfte. Bei dem Zug zum Zwei-Parteien-System dürften diese Stimmen aber niemals zu einem eigenen Direktmandat ausreichen, auch wenn die beiden großen Parteien die Sozialdemokraten und die Christlich Demokraten, in den nördlich gelegenen Wahlkreisen Schleswig-Holsteins, wo der SSW auftritt, etwa gleich stark würden. Der SSW verteilt seine schätzungsweise 35 000 Stimmen auf vier Wahlkreise, in denen immerhin 470 000 gültige Stimmen abzugeben sind.

Wenn auch für den SSW keinerlei Sperrklauseln mehr bestehen, so dürfte er wie bisher (auch bei 40 000 Stimmen) bei der Aufschlüsselung der Mandate niemals in der Lage sein, ein Listenmandat zu erobern. In den Reihen des SSW ist man jedenfalls sehr skeptisch. Es wird darauf verwiesen, daß mindestens 75000 Stimmen für den SSW gewonnen werden müssen, um so oder so die Chance zu bekommen, wieder mit einem Mandat im Bundestag zu erscheinen.

Eine Nichtbeteiligung des SSW würde aber für das Bundestagswahlergebnis aus dem Raum Schleswig-Holstein eine gewisse Bedeutung besitzen. Man kann davon ausgehen, daß die Angehörigen des Südschleswigschen Wählerverbandes am ehesten die Christlichen Demokraten ablehnen. Wenn man auch mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat, daß die Landesregierung

in Kiel unter Ministerpräsident von Hessel (CDU) sich an Inhalt und Geist der Kopenhagen-Bonner Minderheitenvereinbarungen hält, so weiss man doch aus der praktischen Erfahrung im täglichen politischen "Kleinkampf", dass es mit der Toleranz der CDU nicht weit her ist. Die Toleranz, so empfindet man in den Reihen des SSW, wird immer nur dann von der CDU Regierung in Kiel geltend gemacht, wenn es um die militärpolitische Zusammenarbeit im NATO-Nordabschnitt geht.

Es ist nun die grosse Frage, ob der SSW, der ja keine Chance hat, in den Bundestag zurückzukehren, seine Wähler zur Stimmabgabe für eine andere politische Partei in Schleswig-Holstein auffordert. Das Risiko, zur Stimmabgabe für die CDU zu plädieren, ist beträchtlich. Das könnte zu Protestaustritten vieler Handwerker und Arbeiter aus dem SSW führen. Es gibt in den Reihen des SSW eine Gruppe gewerkschaftlich orientierter Arbeitnehmer, die meint, der SSW-Vorstand sollte zur Stimmabgabe für die Sozialdemokraten auffordern. Das Argument dieser Leute lautet: "Die Sozialpolitik für uns in Schleswig-Holstein wird in Bonn, nicht in Kopenhagen gemacht. Unsere kulturellen Interessen als Minderheit können wir durch die Stimmabgabe für den SSW bei der nächsten Landtagswahl 1962 bekräftigen."

Von der Entscheidung des SSW hängt es tatsächlich ab, ob die Christlich-Demokraten in Schleswig-Holstein etwa Überhangmandate oder bei dem für sie zu erwartenden allgemeinen Stimmenrückgang etwa zwei Mandate weniger als bisher bekommen. Der SSW könnte sich somit durch seine eigene Nichtbeteiligung an der Wahl und der Empfehlung, für die Sozialdemokraten zu stimmen, als Zünglein an der Waage beteiligen. Jeder weiss, dass es bei der Bundestagswahl 1961 darum geht, ob die Sozialdemokraten oder die Christlichen Demokraten regieren sollen. Vor diesem Hintergrund erhält die Entscheidung des kleinen Südschleswigschen Wählerverbandes besonderes Gewicht. Zwei oder drei Mandate sind diesmal für den Bonner Bundestag von heraus grosser Bedeutung.

+ + +

Hamburg - das deutsche "Tor zur Welt"

Von Bürgermeister Max Brauer

Als Hamburg nach dem Kriege an den Wiederaufbau ging, war die Situation nahezu hoffnungslos. Von 1,7 Millionen Vorkriegseinwohnern lebten 1945 nur noch 1 370 000 in den Ruinen. Fast 55 Prozent der Wohnungen, rund 75 Prozent der Hafenanlagen und 40 Prozent der Industrieeinrichtungen waren zerstört, dazu lag ein erheblicher Teil der Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Gebäude in Trümmern. Das Verkehrsnetz war nur noch ein Torso. Fast noch schwerer wogen die Abschneidung Hamburgs von seinem natürlichen Hinterland im Osten, der nahezu vollständige Verlust der Handelsflotte, die den Schiffbau beschränkende Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und die Blockierung der Hafenbecken durch rund 5 000 Wracks aller Größen. Denn damit war der Lebensnerv der größten deutschen Hafen- und Handelsstadt durchtrennt und ihr die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz entzogen worden. Und schließlich muß an die Zernübrung der Widerstandskraft durch Hunger und Kälte und an das zähe Ringen um die Verhinderung von Demontagen und der Zerstörung lebenswichtiger Einrichtungen durch die Besatzungsmacht erinnert werden.

Fast 300 000 neue Wohnungen

Heute muß man in den meisten Bezirken schon mit scharfen Augen nach den letzten Spuren der Trümmerwüsten suchen, die sich vor 15 Jahren noch kilometerweit erstreckten. Die systematische Aufbauarbeit in Verbindung mit einer zielbewußten, vor allem eine Herabsetzung der Wohndichte anstrebenden Landesplanung hat der Stadt weiterhin ein neues Gesicht gegeben. In wenigen Wochen wird Hamburg das Richtfest der 295 000 seit 1945 gebauten Wohnung feiern. Genau die gleiche Zahl war im Kriege vernichtet worden. 3250 Unterrichtsräume wurden durch Neubau, Umbau und Erweiterungen von Schulen geschaffen. Dadurch konnte der Schichtunterricht weitgehend beseitigt und die durchschnittliche Klassenfrequenz beachtlich herabgedrückt werden. Die Krankenhäuser wurden modernisiert, in Eppendorf entstand eine Reihe neuer großer Kliniken. Ferner wurden Grünflächen, Sportanlagen, Kinderspielflächen, Jugend- und Altersheime in großer Zahl neu errichtet. Ein umfangreiches Bauprogramm für die Universität, deren Studentenzahl sich gegenüber 1919, ihrem Gründungsjahr, mehr als verachtfacht hat, wird in absehbarer Zeit vollendet sein, während die Schäden an Museen und Theatern so gut wie vollständig beseitigt worden sind.

Kaum geringer sind die Leistungen auf dem Gebiet des Verkehrswezens. Über 500 Kilometer Straßen wurden seit Kriegsende neu gebaut oder den Zeiterfordernissen entsprechend umgestaltet, dazu 70 Brücken. An Einzelobjekten, die auch über Hamburgs Grenzen hinaus bekannt sind, seien hier nur die neue Lombardsbrücke und die von vier auf zehn Fahrspuren erweiterte Kordelerbbrücke erwähnt. Die Beseitigung der Kriegsschäden im öffentlichen Nahverkehrsnetz wurde schon in der ersten Hälfte der 50-er Jahre abgeschlossen. Seither ist der Fahrzeugpark fast vollständig erneuert worden. Das gleiche gilt für die Flotte der

HADAG, die außer dem Unterelbe- und Seebäderverkehr den für Hamburg lebenswichtigen Fährdienst im Hafen versieht. Besonders bedeutsam ist der Ausbau des U-Bahnnetzes. Ein Streckenabschnitt von rund einer Kilometer Länge wurde bereits in Betrieb genommen, 4,5 Kilometer sind in Bau, und weitere Abschnitte befinden sich in der Planung. Außerdem laufen die Vorarbeiten zur Schaffung eines großzügigen Stadtautobahnnetzes.

Vorkriegskapazität teilweise überschritten

Entscheidend aber waren die Arbeiten zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Hafens. Bis Ende 1959 wurden dafür 526 Millionen DM aus Haushaltsmitteln ausgegeben. Gemessen am Stande von 1938 wurden bis heute 60 Prozent der Kaischuppenfläche, 35,7 Prozent der Speicherfläche, 87 Prozent der Bahngleise, 42,4 Prozent der Brücken, 18,2 Prozent der Landungsanlagen und 37 Prozent des Bestandes an staatseigenen Kränen wieder aufgebaut und dabei teilweise die Vorkriegskapazität schon überschritten. Bei allen neugeschaffenen Einrichtungen stand im Vordergrund das Ziel, den Güterumschlag so zu beschleunigen, daß die Verschlechterung der Standortsituation infolge der Abschneidung von einem Teil des Hinterlandes durch mustergültige Dienstleistungen und kurze Liegezeiten wettgemacht wird. Die Erfolgswerte sprechen für sich: Der seewärtige Güterumschlag, der sich 1936 auf 22,1 Millionen Tonnen belief, stieg nach dem Kriege von 4,2 Millionen auf 29,6 Millionen Tonnen im Jahre 1959 an. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei der Zahl der Schiffe, die den Hamburger Hafen anlieferen. 1936 waren es 16 288, 1946 nur 3 000 und 1959 insgesamt 20 140. Parallel dazu vollzog sich der Wiederaufbau der Hamburger Werften, die heute in der Rangliste des Weltschiffbaus zum Teil zur Spitzengruppe gehören.

Die vielfältigen Maßnahmen, mit denen die private Wirtschaft gefördert wurde, können hier ebensowenig im einzelnen aufgezählt werden wie die Aufbauseleistungen der Versorgungsbetriebe. Auch ein Bericht über die vielen gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Neuerungen, wie die Reformierung des Schul- und Fachschulwesens, der Ausbau der Volkshochschule und die Verbesserungen auf dem Gebiet der Sozial- und Jugendfürsorge würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen. Es mag der Hinweis genügen, daß Hamburg heute nicht nur Deutschlands größter Hafen und bedeutendstes Handelszentrum ist, sondern auch die größte Industriestadt der Bundesrepublik.

Mit dem Erreichten nicht zufrieden

So hat auf allen Gebieten der zielbewußte Aufbau seine Früchte getragen. Die Freie Hansestadt Hamburg gibt sich aber mit dem Erreichten nicht zufrieden. Unter den Zukunftsaufgaben stehen neben der Schaffung weiterer Wohnungen und besserer Verkehrsverbindungen vor allem die Maßnahmen im Vordergrund, die auch den modernen Super-tankern und Riesenfrachtern die Benutzung hamburgischer Hafeneinrichtungen ermöglichen sollen. Denn es wird immer Hamburgs vornehmste Aufgabe sein, Deutschlands Tor zur Welt zum Nutzen Aller weit offen zu halten.

+ + -

Verantwortlich: I.V. Albert Exler